

Fuchs, Michaela; Weyh, Antje

**Article**

## Rückwanderung von Beschäftigten nach Ostdeutschland: Räumliche Muster und soziodemographische Strukturen

ifo Dresden berichtet

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2016) : Rückwanderung von Beschäftigten nach Ostdeutschland: Räumliche Muster und soziodemographische Strukturen, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 23, Iss. 3, pp. 19-27

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170173>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Rückwanderung von Beschäftigten nach Ostdeutschland: Räumliche Muster und soziodemographische Strukturen

Michaela Fuchs und Antje Weyh\*

## Einleitung

Der Rückkehr von Ostdeutschen, die nach Westdeutschland abgewandert sind, wurde in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zuteil. Vor dem Hintergrund einer Verschärfung der Fachkräftesituation in Teilen des ostdeutschen Arbeitsmarktes [BRENZEL et al. (2014); DUMMERT et al. (2014); FUCHS et al. (2014)] hat sich insbesondere die systematische Ansprache von Ostdeutschen, die aus Arbeitsmarktgründen in die alten Bundesländer gewandert sind, als eine politisch beliebte Strategie entwickelt [NADLER und MATUSCHEWSKI (2013)]. Von den zurückgekehrten Beschäftigten erhofft man sich insbesondere einen Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots in der jeweiligen Region. Oft unterstützt von den jeweiligen Landesregierungen, bieten daher beispielsweise Rückkehrinitiativen auf Internetplattformen Stellenangebote und Informationen unter anderem für Rückwanderer an.<sup>1</sup>

Die empirischen Befunde zur arbeitsmarktorientierten Rückwanderung nach Ostdeutschland sind allerdings noch lückenhaft. Wie viele Arbeitsmarktteilnehmer sind in den letzten Jahren abgewandert und wie viele davon wieder nach Ostdeutschland zurückgekehrt? Welche Regionen sind besonders von Abwanderung betroffen und welche Kreise profitieren von den Rückkehrern? Welche sozioökonomischen Merkmale weisen die Migranten auf? Der vorliegende Beitrag soll hierauf einige Antworten geben. Der Fokus liegt dabei auf dem Ab- und Rückwanderungsverhalten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Zeitraum von 1999 bis 2012. Sie stellen zwar nur einen Teil des Arbeitskräftepotenzials dar, sind aber gleichzeitig die wichtigste Gruppe, wenn es um die Besetzung von offenen Stellen geht. Aufgrund ihrer Vollfassung in der verwendeten Datengrundlage kann für sie ein sehr detailliertes Bild gezeichnet werden.

## Stand der Rückwanderungsforschung

Die meisten Studien, die sich mit Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland befassen, konzentrieren sich auf die Migration von Ost- nach Westdeutschland. Dieser spezielle Fokus kann durch das

außerordentlich hohe Ausmaß der Abwanderung aus Ostdeutschland nach dem Ende der DDR erklärt werden [KEMPER (2004), 661]. Zentrale ökonomische Determinanten der Abwanderung der Ostdeutschen waren insbesondere die höheren Löhne, aber auch die besseren Beschäftigungsmöglichkeiten in Westdeutschland [BURDA und HUNT (2001); HUNT (2006); BRÜCKER und TRÜBSWETTER (2007)].

Verglichen mit den Studien zur Migration von Ost- nach Westdeutschland sind die Analysen zur Wanderung von West- nach Ostdeutschland und darunter insbesondere zur Rückwanderung von Ostdeutschen recht überschaubar [vgl. BECK (2004); FUCHS-SCHÜNDELN und SCHÜNDELN (2009)]. Einen Einblick in die Rückwanderung in ausgewählte Regionen bieten Fallstudien. So konzentrieren sich SCHULTZ (2004) auf das Rückkehrpotenzial nach Mecklenburg-Vorpommern und SCHNEIDER et al. (2011) auf das Rückkehrpotenzial von aus Sachsen-Anhalt abgewanderten Personen. Sie kommen zu dem Schluss, dass der Arbeitsmarkterfolg in der Zielregion die Rückkehrneigung verringert, die Aufrechterhaltung von sozialen Bindungen zur Herkunftsregion sie aber erhöht. JAIN und SCHMITHALS (2009) befragen Personen, die nach Magdeburg zurückgewandert sind, und MATUSCHEWSKI (2010) beschreibt zwei Fallstudien zu Rückwanderern nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Des Weiteren berichten LANG und HÄMMERLING (2013) über eine nicht repräsentative Online-Befragung sowohl von ostdeutschen Abwanderern als auch von Rückwanderern. Da die Fallstudien in der Regel auf Umfragen basieren, haben sie den Vorteil, dass personenspezifische Determinanten der Migrationsentscheidung wie z. B. der Familienkontext berücksichtigt werden können. Gleichzeitig besitzen sie aber auch den Nachteil, dass insbesondere regional differenzierte Analysen nicht oder nur in sehr beschränktem Ausmaß möglich sind. Zudem kann mit einmaligen Befragungen nicht oder nur rückwirkend der Beschäftigungsverlauf der Migranten verfolgt werden.

Einige Studien befassen sich explizit mit der Rückwanderung von Beschäftigten bzw. des Erwerbspotenzials. Sie beruhen alle auf administrativen

\* Dr. Michaela Fuchs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen in Halle (Saale). Dr. Antje Weyh ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB Sachsen in Chemnitz.

Daten des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB), mit deren Hilfe die Erwerbsverläufe einzelner Personen sowie Änderungen in deren Wohn- und Arbeitsort nachverfolgt werden können. NADLER und WESLING (2013) bieten einen ersten kleinräumigen Überblick über die Rückwanderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den Jahren von 2001 bis 2010. FUCHS und WEYH (2015) befassen sich detaillierter mit den räumlichen Mustern, die sich bei der Rückwanderung von Ostdeutschen offenbaren. Demnach profitieren insbesondere die Regionen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, die größeren Städte und das Berliner Umland von Rückwanderung. Recht umfassende Analysen der Rückwanderung von Beschäftigten in einzelne Bundesländer stammen von WESLING und BOGAI (2014), AHMAD und WEYH (2015) sowie FUCHS und WEYH (2016a, 2016b).

### Datengrundlage

Die Datengrundlage der nachfolgenden Analysen stellt die Beschäftigten-Historik (BeH) des IAB dar.<sup>2</sup> Hierbei handelt es sich um administrative Daten, die aus den Entgeltmeldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger generiert werden. Die BeH umfasst tagesgenaue Meldungen zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundesrepublik seit 1975.<sup>3</sup> Nicht sozialversicherungspflichtige Berufsgruppen wie Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehr- und Zivildienstleistende sind nicht enthalten. Mittels der BeH kann eine (Re-)Migrationsanalyse im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Qualifikation erfolgen. Allerdings gibt die BeH keinen Aufschluss über den Familienstand, die Zahl der Kinder oder die Vermögens- und Wohnsituation der (Re-) Migranten.

Die Analyse erstreckt sich auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zum 30.06. eines Jahres zwischen 1999 und 2012 mit einem Hauptbeschäftigungsverhältnis erfasst sind. Geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte, Auszubildende und Beschäftigte in Altersteilzeit sind ausgeschlossen. Das Jahr 1999 bildet den frühestmöglichen Untersuchungszeitpunkt, da in der BeH erst ab diesem Jahr Informationen zum Wohnort vorliegen.

Die Identifizierung Beschäftigter, die ursprünglich aus den neuen Bundesländern stammen, erfolgt anhand von drei Merkmalen, die alle gleichzeitig erfüllt sein müssen [vgl. dazu auch FUCHS und WEYH (2015)]:

- Die erste jemals für sie in der BeH erfasste Beobachtung erfolgte 1991 oder später. Jeder Beschäftigte, der zuvor schon einmal in der BeH erfasst worden war, zählt demnach als Westdeutscher.

- Der in der ersten erfassten Beobachtung angegebene Arbeitsort lag in den neuen Bundesländern (ohne Berlin).
- Die Bereichsnummer der Sozialversicherungsnummer bzw. die Regionalkennziffer lassen sich eindeutig Ostdeutschland (ohne Berlin) zuordnen.<sup>4</sup>

Berlin wird komplett aus der Analyse ausgeschlossen. Zum einen stellt die Stadt im Gegensatz zu den ostdeutschen Flächenländern eine sehr stark verdichtete Region dar, die eigene und nicht repräsentative Wandermuster aufweist [SANDER (2014)]. Zum anderen ist die Definition der Berliner Beschäftigten als west- bzw. ostdeutsch nicht möglich. Im Folgenden verstehen wir unter der geographischen Bezeichnung „Ostdeutschland“ daher ausschließlich die Summe der fünf Flächenländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

### Definitionen und Kennzahlen

Bei der Quantifizierung von Migration ist zuerst einmal zwischen Wanderungsereignissen und wandernden Personen zu unterscheiden. Eine Person kann mehrmals zwischen Ost- und Westdeutschland wandern, was einer entsprechenden Anzahl an Wanderungsereignissen gleichkommt. Um eine regionale Vergleichbarkeit herzustellen und Verzerrungen durch derartige Mehrfachwanderungen auszuschließen, betrachten wir bei den Personen in der Regel nur die jeweils letzten Ab- und Rückwanderungsereignisse.

In den folgenden Ausführungen bezeichnet der Begriff der Abwanderung die Verlagerung des Wohnortes von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den neuen in die alten Bundesländer innerhalb des Beobachtungszeitraums. Unter Rückwanderung verstehen wir die Verlagerung des Wohnorts eines vormals abgewanderten sozialversicherungspflichtig ostdeutschen Beschäftigten aus einem westdeutschen Bundesland zurück nach Ostdeutschland. Eine Rückwanderung im Beobachtungszeitraum setzt damit immer voraus, dass zuvor auch eine Abwanderung stattgefunden hat.

Für einen kleinräumigen Vergleich der Wanderungsintensität ist es notwendig, die absoluten Wanderungszahlen ins Verhältnis zu einer entsprechenden Grundgesamtheit zu setzen. Da zu Beginn des Beobachtungszeitraums alle Beschäftigten in Ostdeutschland wohnen müssen, stellt das Jahr 2000 das erste Jahr dar, in dem eine Wohnortverlagerung von Ost- nach Westdeutschland feststellbar ist. Diese Personen können dann frühestens 2001 wieder zurückgewandert sein. Dementsprechend wird die Abwanderungsquote (AQ) aus einer Region j gebildet, indem alle Abgewanderten zwischen 2000 und 2012 ins Verhältnis gesetzt werden zu den sozialversi-

cherungspflichtig Beschäftigten, die im Jahr 1999 in der jeweiligen Region j wohnten. Die Rückkehrquote (RQ) in eine Region beschreibt, wie viele der aus der ostdeutschen Region j Abgewanderten zwischen 2001 und 2012 entweder nach Ostdeutschland, ins Ursprungsbundesland oder den Ursprungskreis zurückgekommen sind.

### Ausmaß der Ab- und Rückwanderung

Die ostdeutschen Flächenländer verzeichnen seit der deutschen Wiedervereinigung einen negativen Wanderungssaldo gegenüber Westdeutschland. Er hat sich jedoch über die Jahre hinweg stark verringert. Im Jahr 2013 zogen insgesamt 101.506 Personen aus den ostdeutschen Flächenländern nach Westdeutschland, gleichzeitig wurden 91.009 Zuzüge aus den alten Bundesländern in die fünf ostdeutschen Flächenländer registriert [STATISTISCHES BUNDESAMT (2015)]. Einen Teil dieser Zuzüge machen Rückwanderer aus – wie groß dieser Anteil ist, bleibt jedoch unklar.

Zwischen 2000 und 2012 gab es 323.687 arbeitsmarktbezogene Abwanderungsereignisse aus den ostdeutschen Flächenländern nach Westdeutschland. Im Gegenzug wurden zwischen 2001 und 2012 52.611 Rückwanderungsereignisse von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gezählt. Der größte Teil erfolgte dabei in das Bundesland, aus dem zuvor die Abwanderung beobachtet wurde (47.896). Davon wiederum führten sogar 39.659 Rückwanderungen in den Kreis, der auch den Ursprung der Abwanderung bildete.

Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg verlegten 8,5 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die 1999 in Ostdeutschland wohnten, ihren Wohnsitz nach Westdeutschland (vgl. Tab. 1). Von diesen

zogen 16,2 % wieder in die neuen Bundesländer zurück. Im Schnitt betrug dabei die Aufenthaltsdauer in Westdeutschland drei Jahre. Unter den einzelnen Flächenländern verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern, gemessen an den Beschäftigten zum Beobachtungsbeginn 1999, die meisten Abwanderer. Relativ wenige wies Brandenburg auf, was mit der zentralen Lage Berlins als Arbeitsmarktzentrum für die Brandenburger zusammenhängen dürfte. Damit in Verbindung steht sicherlich auch die vergleichsweise geringe Rückkehrquote, die für Brandenburg zu beobachten ist. Die höchste Rückkehrquote hat hingegen Thüringen mit 15,9 %.

Das attraktivste Ziel der Abwanderer war mit Abstand der Freistaat Bayern. Mehr als ein Viertel aller Abwanderer (27,1 %) aus den ostdeutschen Flächenländern zog in dieses Bundesland um. An zweiter Stelle steht Baden-Württemberg mit einem Anteil von 18,3 %. Jeweils weniger als 1 % gingen in den Stadtstaat Bremen oder ins Saarland. Die Rückkehrquoten, die die Rückkehrer ins Verhältnis zu den Abgewanderten setzen, weisen jedoch für Schleswig-Holstein mit 18,3 % und für Hessen mit 17,8 % die höchsten Werte auf. Für Bayern und Baden-Württemberg betragen sie nur 17,3 % bzw. 15,1 %.

### Kleinräumige Wanderungsbewegungen

Die einzelnen Kreise in Ostdeutschland sind in unterschiedlicher Intensität von den Wanderungsbewegungen betroffen (vgl. Abb. 1). So verzeichnet Rostock mit 13,0 % die höchste Abwanderungsquote nach Westdeutschland unter den Kreisen, Schwerin und Cottbus folgen mit 12,7 %. Die geringsten Abwanderungsquoten ergeben sich demgegenüber für die Landkreise Potsdam-Mittelmark (4,7 %), Oberhavel (4,8 %) und Havelland (5,5 %), die direkt an Ber-

**Tabelle 1: Abwanderungsquote und Rückkehrquote im Vergleich der neuen Bundesländer**

Bundesland	Abwanderungsquote (in %)	Rückkehrquote (in %)
Brandenburg	7,5	12,8
Mecklenburg-Vorpommern	10,6	14,2
Sachsen	8,1	15,6
Sachsen-Anhalt	8,9	14,2
Thüringen	8,3	15,9
<b>Ostdeutschland</b>	<b>8,5</b>	<b>16,2</b>

Anmerkung: Die Rückkehrquoten in die einzelnen Bundesländer zeigen auf, wie viele der aus diesen Bundesländern abgewanderten Beschäftigten wieder dorthin zurückkehren. Diejenigen Beschäftigten, die in ein anderes ostdeutsches Bundesland zurückkehren, sind also nicht berücksichtigt. Da diese jedoch in der Rückkehrquote nach Ostdeutschland enthalten sind, fällt diese höher aus.

Quellen: IAB Beschäftigtenhistorik (Beh) V09.04, eigene Berechnungen.

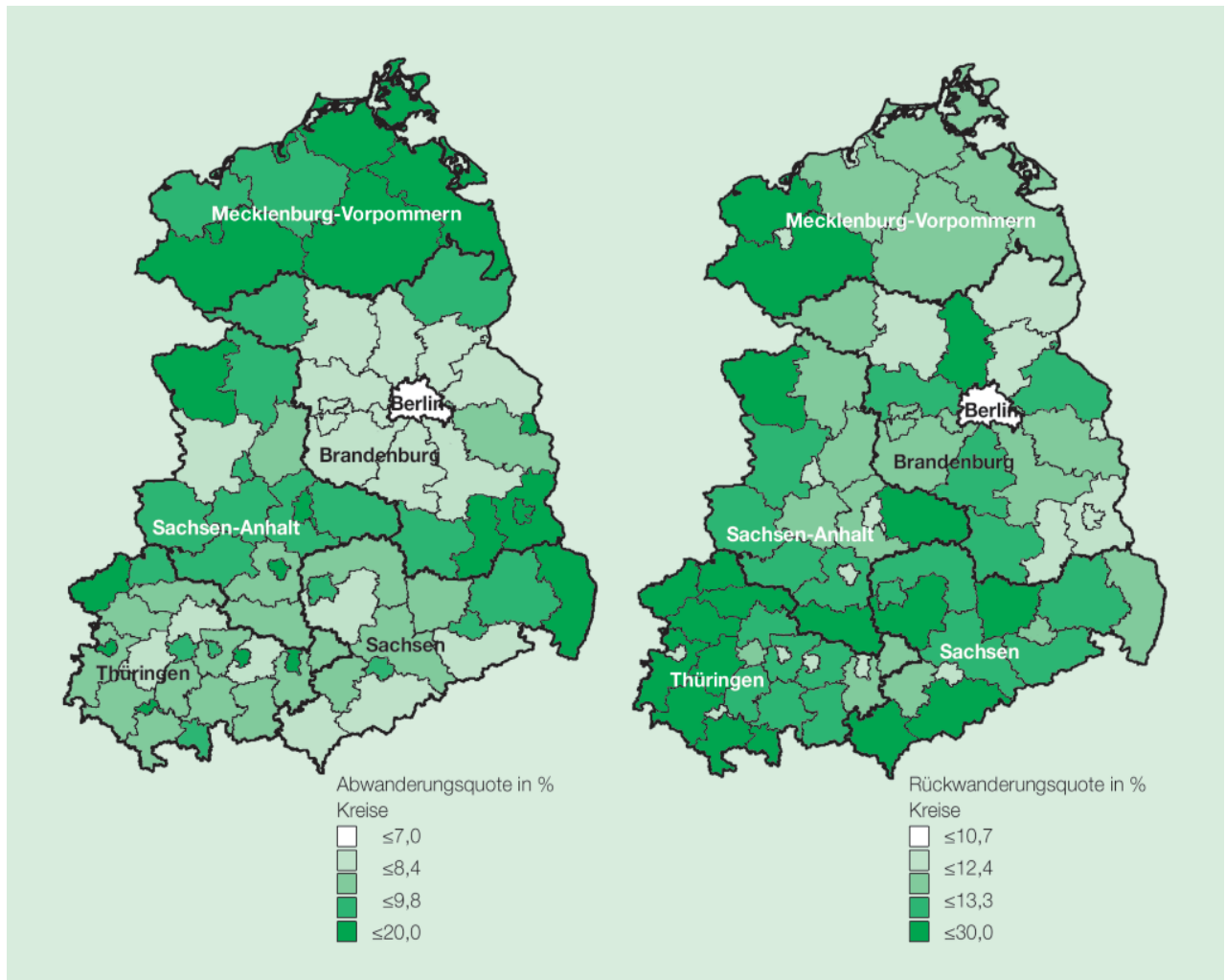
lin angrenzen. Hier dürfte sich die Ankerfunktion der Bundeshauptstadt bemerkbar machen. Frankfurt/Oder mit einer hohen Abwanderungsquote von 11,3 % passt hingegen nicht zum allgemeinen Muster des „Speckgürtels“ um Berlin mit vergleichsweise niedrigen Abwanderungsquoten. Vielmehr dürfte – wie auch in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und in der Lausitz – die periphere Lage mit längeren Entfernungen zu größeren Arbeitsmarktzentren sowie die relativ schlechte Arbeitsmarktlage in diesen Regionen eine Rolle für die vergleichsweise hohe Abwanderung spielen.

Bei der Betrachtung der Rückwanderungsquoten nach Kreisen fällt tendenziell ein Süd-Nord-Gefälle innerhalb Ostdeutschlands auf. So verzeichnet der Landkreis Eichsfeld mit 26,9 % die höchste Rückkehrquote unter den ostdeutschen Kreisen. Ein wichtiger Faktor hierfür dürften historisch begründete Verflechtungen des Thüringer Landkreises mit den angrenzenden Kreisen in Niedersachsen

und Hessen sein. Viele Beschäftigte aus dem Eichsfeld zogen beispielsweise nach Göttingen und von dort wieder zurück. Aber auch die Landkreise Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen sowie der Wartburgkreis weisen sehr hohe Rückwanderungsquoten auf. Grundsätzlich dürfte sich die direkte räumliche Nähe zu Hessen und Bayern hierin niederschlagen [FUCHS und WEYH (2016b)].

Weiterhin wird deutlich, dass die Rückkehr in viele ländliche sowie an Polen angrenzende Regionen recht schwach ausgeprägt ist. Außerdem ist bei der Ab- wie auch der Rückwanderung ein Stadt-Land-Gegensatz sichtbar: Aus den Städten ziehen verhältnismäßig mehr Beschäftigte nach Westdeutschland als aus den Landkreisen, und es ziehen auch verhältnismäßig weniger wieder dorthin zurück. Mögliche Gründe hierfür sind beispielsweise eine andere Sozialstruktur der Beschäftigten, die in den Städten wohnen. So wanderten Jün-

Abbildung 1: Ab- und Rückwanderungsquote nach Kreisen



Quellen: IAB Beschäftigtenhistorik (BeH) V09.04, eigene Berechnungen.

gere, die tendenziell in den Städten wohnen, häufiger als Ältere. Bei der Rückkehr ist dabei die Verfügbarkeit von Wohnraum von Relevanz. In den Städten sind die Mieten in der Regel höher als in den umliegenden Landkreisen, wo zudem eher neue Baugebiete ausgewiesen werden. Die resultierenden Stadt-Umland-Verflechtungen werden beispielsweise sichtbar an Halle und dem die Stadt umgebenden Saalekreis [FUCHS und WEYH (2016a)] oder an Jena und dem Saale-Holzland-Kreis [FUCHS und WEYH (2016b)]. Ein Gutteil der Abwanderer aus Halle und Jena kehrt somit ins Umland der Städte zurück.

### Wanderungsverhalten verschiedener Teilgruppen

Welche Merkmale die ab- und zurückgewanderten Beschäftigten aufweisen, wird im Folgenden näher analysiert. Wie Tabelle 2 zeigt, ist Mobilität unter Männern stärker ausgeprägt als unter Frauen. Beide Gruppen sind auf dem Arbeitsmarkt zwar ungefähr im gleichen Ausmaß vertreten. Die Abwanderungsquote der Männer liegt mit 9,1 % aber deutlich über derjenigen der Frauen (7,8 %). Wie die Rückwanderungsquoten darlegen, kehren von den abgewanderten Männern aber auch verhältnismäßig mehr zurück.

In Bezug auf die Altersklassen werden ebenfalls deutliche Schwerpunkte sichtbar. So sind die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar zwischen 35 und 44 Jahren alt, unter den Abgewanderten stellen aber die 25- bis unter 35-Jährigen den größten Anteil. Auch unter den Rückwanderern sind sie die größte Gruppe. Die Abwanderungsquoten zeigen ebenfalls, dass die Entscheidung zum Umzug nach Westdeutschland mit zunehmendem Alter nachlässt. Die Rückkehrquote allerdings ist mit 24,1 % für die über 55-Jährigen am höchsten. Eine geringe Rückkehrquote der 15- bis unter 25-Jährigen kann jedoch auch mit einem möglichen Wechseln der Altersklassenzugehörigkeit zusammenhängen. Wenn beispielsweise ein 23-jähriger Beschäftigter abwandert und drei Jahre später – das entspricht der durchschnittlichen Bleibedauer in Westdeutschland – wieder zurückkehrt, dann zählt er zu den 15- bis unter 25-jährigen Abwanderern, aber zu den 25- bis unter 35-jährigen Rückwanderern.

Gemessen am Qualifikationsniveau verfügt die größte Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über einen Schulabschluss mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Dies ist auch unter den Wandernden der Fall: 54 % der Abgewanderten und 56 % der Rückkehrer fallen darunter. Einen Schulabschluss ohne Berufsausbildung besitzen 8 % der Abgewanderten, und einen Hochschulabschluss 6 %.

Bezogen auf die Referenzgröße der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Jahr 1999, wandern die Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung unterdurchschnittlich häufig ab. Die Abwanderungsquote liegt mit 6,3 % deutlich unter der Quote beispielsweise der Beschäftigten ohne Berufsausbildung oder mit Abitur. Dagegen ist die Rückwanderungsquote der Beschäftigten mit Berufsausbildung mit 17,0 % relativ hoch. Vergleichsweise niedrige Abwanderungs- und hohe Rückkehrquoten sind auch bei den hochqualifizierten Beschäftigten mit einem (Fach-)Hochschulabschluss zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Anspannung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist dieser Befund von besonderem Interesse. Die absoluten Zahlen lassen jedoch geringe Chancen erwarten, dass die Rückkehrer in nennenswertem Ausmaß mögliche Fachkräfteproblematiken lindern könnten.

### Rückwandern und Pendeln

Bisher wurde die Verlagerung des Wohnorts der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten analysiert. Rückwanderung als konkrete Maßnahme zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland ist aber nur dann erfolgversprechend, wenn die Zurückgekehrten auch tatsächlich in den neuen Bundesländern arbeiten. Im Folgenden gehen wir daher der Frage nach, wie viele Personen lediglich ihren Wohnsitz zurück nach Ostdeutschland verlagern und weiterhin ihren Arbeitsplatz in Westdeutschland beibehalten, also von Ost nach West pendeln. Da nicht für jeden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der BeH zu jedem Zeitpunkt Angaben sowohl zum Wohnort als auch zum Arbeitsort verfügbar sind, müssen wir den Datensatz für diese Analyse weiter einschränken. Insgesamt umfasst er noch 15.128 Personen.

Abbildung 2 enthält Informationen darüber, ob überhaupt und wann die Rückwanderer ihren Arbeitsort zurück nach Ostdeutschland verlegen. Zuerst einmal ist festzuhalten, dass 3.776 Beschäftigte während des gesamten Beobachtungszeitraums ihren Arbeitsort immer in Ostdeutschland beibehielten, obwohl sie ihren Wohnort zwischenzeitlich nach Westdeutschland verlegt haben.<sup>5</sup> Gleichzeitig hatten 1.317 Personen ihren Arbeitsplatz während des gesamten Beobachtungszeitraums in Westdeutschland. Damit haben 34 % der hier beobachteten Beschäftigten zwischen 1999 und 2012 zwar ihren Wohnort von Ost nach West und wieder zurück verlegt, nicht aber ihren Arbeitsort. Folglich stellen sie in Hinblick auf die Stabilisierung des Arbeitskräfteangebots kein direktes zusätzliches Potenzial dar.

In Abbildung 2 wird weiterhin deutlich, dass der größte Teil der rund 10.000 Beschäftigten, die sowohl ihren

Tabelle 2: Wanderungsverhalten nach Geschlecht, Alter und Qualifikation

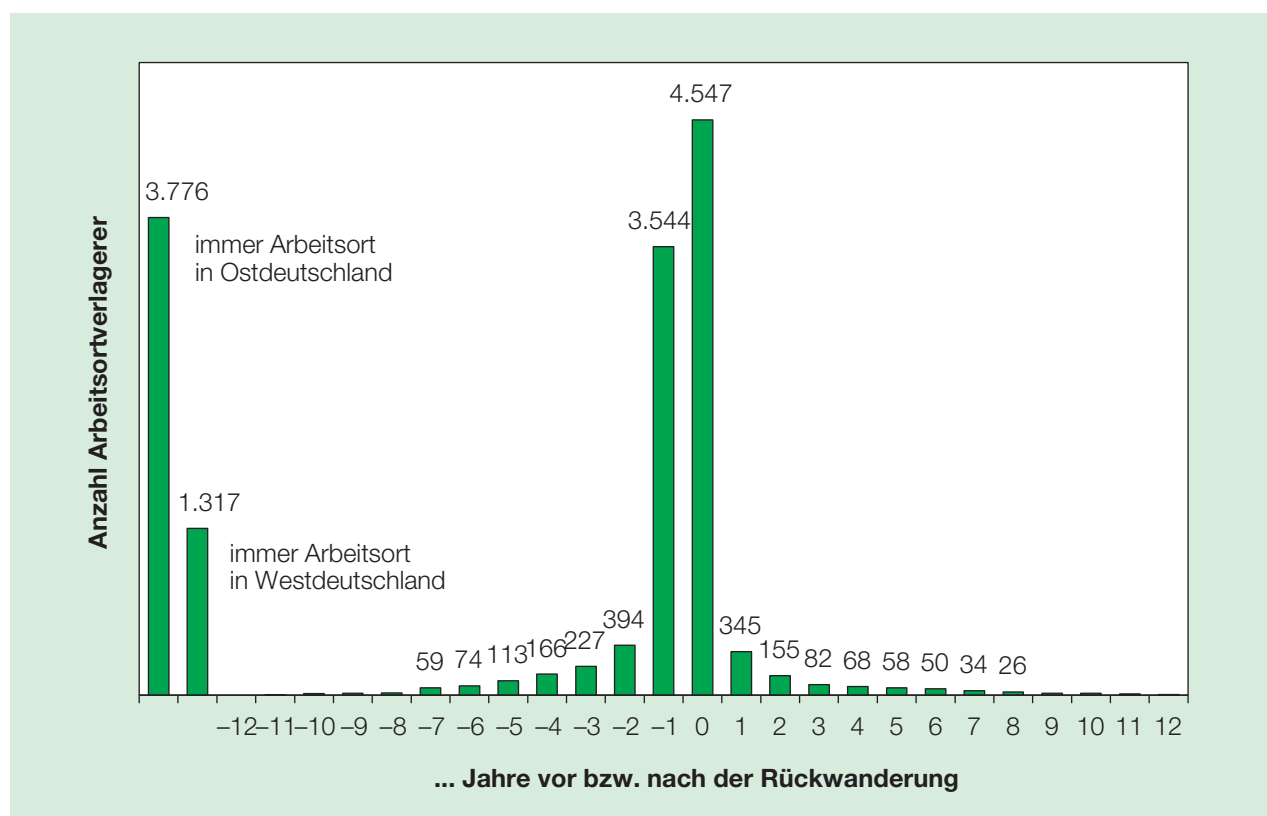
	Sv-Beschäftigte (Wohnort Ost- deutschland) 1999	Abgewan- derte	Abwande- rungsquote (in %)	Rück- wanderer	Rückkehr- quote (in %)
<b>Geschlecht</b>					
Männer	1.897.503	172.540	9,1	30.478	17,7
Frauen	1.809.496	141.773	7,8	20.540	14,5
<b>Altersklassen</b>					
15 bis unter 25 Jahre	243.539	45.997	18,9	2.901	6,3
25 bis unter 35 Jahre	818.575	138.438	16,9	27.755	20,0
35 bis unter 45 Jahre	1.237.779	71.488	5,8	11.148	15,6
45 bis unter 55 Jahre	954.157	48.663	5,1	6.862	14,1
55 bis unter 65 Jahre	450.015	9.593	2,1	2.314	24,1
<b>Abschlussart</b>					
Volks-, Haupt-, Realschule ohne Berufsausbildung	169.699	25.802	15,2	2.377	9,2
Volks-, Haupt-, Realschule mit Berufsausbildung	2.691.913	169.222	6,3	28.757	17,0
Abitur ohne Berufsausbildung	10.012	2.099	21,0	233	11,1
Abitur mit Berufsausbildung	106.305	14.033	13,2	2.365	16,9
Fachhochschulabschluss	147.746	8.507	5,8	1.324	15,6
Hochschulabschluss	226.372	19.754	8,7	3.013	15,3
Ausbildung unbekannt	354.952	74.896	21,1	12.949	17,3
<b>Insgesamt</b>	<b>3.706.999</b>	<b>314.313</b>	<b>8,5</b>	<b>51.018</b>	<b>16,2</b>

Quellen: IAB Beschäftigtenhistorik (Beh) V09.04, eigene Berechnungen.

Wohnort als auch ihren Arbeitsort von den neuen in die alten Bundesländer und wieder zurück verlegt haben, beide Verlagerungsentscheidungen nahezu gleichzeitig trifft. So nahmen 4.547 Personen im selben Jahr eine Arbeit in Ostdeutschland auf, in dem sie auch wieder zurückzogen, und 3.544 Personen hatten ihren Arbeitsort schon ein Jahr vor ihrem Rückzug bereits in ihrer Heimatregion. Nur vergleichsweise wenig Beschäftigte verlegten ihren Arbeitsort hingegen schon mehr als ein Jahr vor ihrer Rückkehr zurück. Gleichfalls gibt es nur wenige Personen, die erst nach Ostdeutschland zurückziehen und sich dann erst einen

Job in der Region suchen. Es verlegten nur 345 Personen ihren Arbeitsort innerhalb eines Jahres nach dem Rückzug aus den alten Bundesländern nach Ostdeutschland. Diese deskriptiven Befunde lassen vermuten, dass die Abgewanderten zuerst eine Arbeit gefunden und dann auch auf dieser Basis ihre Rückzugsentscheidung in die neuen Bundesländer getroffen haben. Damit unterstützt das gefundene zeitliche Muster der Verlagerung von Wohn- und Arbeitsort die Einschätzung, dass die Rückkehrbereitschaft der Abgewanderten sehr stark von der Verfügbarkeit und dem Finden eines geeigneten Arbeitsplatzes abhängt.

Abbildung 2: Verlagerungen des Arbeitsortes von Rückwanderern nach Ostdeutschland (ohne Berlin)



Quellen: IAB Beschäftigtenhistorik (BeH) V09.04, eigene Berechnungen.

## Fazit

Der vorliegende Beitrag hat neue und umfangreiche empirische Befunde zur Rückwanderung von Beschäftigten nach Ostdeutschland präsentiert. Insgesamt wanderten zwischen 1999 und 2001 mehr als 314.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Westdeutschland ab, von denen rund 51.000 wieder zurück nach Ostdeutschland gezogen sind. Die intensivsten Wanderungsverflechtungen bestanden dabei mit den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Eine kleinräumige Betrachtung macht deutlich, dass die Kreise in sehr unterschiedlicher Weise von Ab- und Rückwanderungen betroffen sind. So weisen Rostock, Cottbus und Schwerin die höchsten Abwanderungsquoten unter den ostdeutschen Kreisen auf. Demgegenüber zeigen die direkt an Berlin angrenzenden Landkreise wie Potsdam-Mittelmark oder Oberhavel eine sehr geringe Abwanderungsintensität. Während die Rückwanderungsquote nach Cottbus und andere Kreise, die direkt an der Grenze zu Polen liegen, sehr gering ausfällt und die Rückkehrer demnach nur geringfügig zu einer Stabilisierung des regionalen Arbeitskräfteangebots beitragen dürften, profitieren insbesondere die Thüringer Kreise, die an die westdeutschen Bundesländer angren-

zen. Es bleibt aber auch festzuhalten, dass der Großteil der Rückkehrer wieder in den Heimatkreis zurückkehrt. Damit legen die räumlichen Wanderungsmuster die Bedeutung der Heimatverbundenheit und der Nähe zu Freunden und Verwandten nahe. Diese „Netzwerke“ in der Heimat dürften zudem eine hohe Relevanz bei der Jobsuche besitzen.

Rückwanderung als konkrete Maßnahme zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland ist nur dann erfolgversprechend, wenn die Zurückgekehrten nicht nur ihren Wohnort, sondern auch ihren Arbeitsort in Ostdeutschland haben. Hier macht die Analyse deutlich, dass es nicht ausreicht, ausschließlich die Wohnortverlagerungen als Grundlage für Aussagen zur Arbeitsmarktrelevanz von Rückwanderungen zugrunde zu legen. So verlegt zwar ein nicht unbedeutender Anteil der Rückwanderer seinen Wohnort nach Westdeutschland und wieder zurück. Er behält aber im gesamten Beobachtungszeitraum seinen Job in Ostdeutschland, steht also trotz der Abwanderung dem regionalen Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung. Demgegenüber zählen diejenigen Beschäftigten, die bereits vor der Abwanderung in Westdeutschland gearbeitet haben, schon vor ihrem Wegzug aus Ostdeutschland nicht zum regionalen Arbeitskräfteangebot.



Von denjenigen, die sowohl ihren Wohnort als auch ihren Arbeitsort von Ost nach West und wieder zurück verlegt haben, treffen die meisten beide Verlagerungsentscheidungen nahezu gleichzeitig oder ziehen erst zurück, wenn sie auch eine Arbeit vor Ort gefunden haben. Dieses zeitliche Muster der Verlagerung von Wohn- und Arbeitsort unterstützt die Bedeutung, die die Verfügbarkeit eines geeigneten Arbeitsplatzes für die Rückkehr besitzt.

Unabhängig davon, dass lediglich 16,2% der Abgewanderten wieder zurückkehren, stellt eine vermehrte Ansprache potenzieller Rückwanderer grundsätzlich ein lohnenswertes Ziel dar, denn die meisten Rückkehrer sind jung und gut qualifiziert und würden dem Arbeitsmarkt längerfristig zur Verfügung stehen. Die bereits durch die Politik und lokalen Akteure initiierten Rückkehrinitiativen sind hierbei als ein Schritt in die richtige Richtung zu werten, wobei der Fokus noch stärker auf das eigentliche Hauptziel, nämlich das Finden eines adäquaten Arbeitsplatzes, gelegt werden müsste. Hier sind die regional ansässigen Unternehmen und die regionale Politik gefragt. Sie sollten zudem die Perspektiven der eigenen Regionen aufzeigen, sodass insbesondere junge und gut qualifizierte Arbeitskräfte entweder gar nicht erst abwandern bzw. von vorneherein eine Rückkehr vorsehen.

## Literatur

- AHMAD, O. und A. WEYH (2015): Rückwanderung von Beschäftigten nach Sachsen-Anhalt. Eine Analyse anhand der Beschäftigungsstatistik. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB-Regional Sachsen 2/2015, Chemnitz.
- BECK, G. (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: SWIACZNY, F. und S. HAUG (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Wiesbaden: Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 112, S. 95–111.
- BRENZEL, H.; CZEPEK, J.; KUBIS, A.; MOCZALL, A.; REBIEN, M.; RÖTTGER, C.; SZAMEITAT, J. und A. WARNING (2014): Neueinstellungen im Jahr 2013: Robuste Personalnachfrage im Westen wie im Osten, IAB-Kurzbericht 19/2014, Nürnberg.
- BRÜCKER, H. und P. TRÜBSWETTER (2007): Do the Best Go West? An Analysis of the Self-selection of Employed East-West Migrants in Germany, *Empirica*, 34(4), S. 371–395.
- BURDA, M. und J. HUNT (2001): From Reunification to Economic Integration: Productivity and the Labor Market in Eastern Germany, *Brookings Papers on Economic Activity*, 2001(2), S. 1–71.
- DUMMERT, S.; KUBIS, A.; LEBER, U. und A. MÜLLER (2014): Betrieblicher Arbeitskräftebedarf 2006–2012, IAB-Forschungsbericht 03/2014, Nürnberg.
- FUCHS, M.; WESLING, M. und A. WEYH (2014): Potenzialnutzung in Ostdeutschland – eine Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, IAB-Forschungsbericht 06/2014, Nürnberg.
- FUCHS, M. und A. WEYH (2015): Rückwanderung nach Ostdeutschland. Räumliche Muster und Bedeutung für regionale Arbeitsmärkte, *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 3 (59), S. 151–170.
- FUCHS, M. und A. WEYH (2016a): Rückwanderung von Beschäftigten nach Sachsen-Anhalt: Eine Analyse anhand der Beschäftigten-Historik des IAB. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, 01/2016, Halle.
- FUCHS, M. und A. WEYH (2016b): Rückwanderung von Beschäftigten nach Thüringen: Eine Analyse anhand der Beschäftigten-Historik des IAB. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen, 02/2016, Halle.
- FUCHS-SCHÜNDELN, N. und M. SCHÜNDELN (2009): Who Stays, Who Goes, Who Returns? East-West Migration within Germany since Reunification, *Economics of Transition*, 17(4), S. 703–738.
- HUNT, J. (2006): Staunching Emigration from East Germany: Age and the Determinants of Migration, *Journal of the European Economic Association*, 4(5), S. 1.014–1.037.
- JAIN, A. und J. SCHMITHALS (2009): Motive für die Wanderung von West- nach Ostdeutschland und Rückkehrtypen. In: CASSENS, I.; LUY, M. und R. SCHOLZ (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung seit der Wende. Wiesbaden, S. 313–333.
- KEMPER, F.-J. (2004): Internal Migration in Eastern and Western Germany: Convergence or Divergence of Spatial Trends after Unification? *Regional Studies*, 38(6), S. 659–678.
- LANG, T. und A. HÄMMERLING (2013): Zurück nach Ostdeutschland: Bedingungen und Motivlagen der Remigration von ostdeutschen Abwanderern, *Berichte. Geographie und Landeskunde*, 87(4), S. 347–374.
- MATUSCHEWSKI, A. (2010): Stabilisierung der Regionalentwicklung durch Rückwanderung? Theoretische Konzeptionalisierung und empirische Umsetzung am Beispiel von Ostdeutschland, *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 54(1), S. 81–95.
- NADLER, R. und A. MATUSCHEWSKI (2013): Ostdeutsche Rückwanderer und der Fachkräftemangel: Die Sicht ostdeutscher Unternehmen, *Berichte. Geographie und Landeskunde*, 87(4), S. 419–440.

- NADLER, R. und M. WESLING (2013): Zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften nach Ostdeutschland, Nationalatlas aktuell, Jahrgang 7 (12.2013), Nr. 11 [13. 12.2013].
- SANDER, N. (2014): Internal Migration in Germany, 1995–2010: New Insights into East-West Migration and Re-urbanisation, *Comparative Population Studies*, 39(2), S. 217–246.
- SCHNEIDER, L.; KUBIS, A. und D. WIEST (2011): Selektivität, soziale Bindung und räumliche Mobilität – eine Analyse der Rückkehrpräferenz nach Ostdeutschland, *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 55(3), S. 121–140.
- SCHULTZ, A. (2004): Wandern und Wiederkommen? Humankapitalverlust und Rückkehrpotenzial für Mecklenburg-Vorpommern. In: WERZ, N. und R. NUTHMANN (Hrsg.): *Abwanderung und Migration in Mecklenburg-Vorpommern*. Wiesbaden, S. 231–249.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen 2013*. Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden.
- WESLING, M. und D. BOGAI (2014): Rückwanderung von Beschäftigten nach Brandenburg – eine Analyse anhand der Beschäftigten-Historik des IAB. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Berlin-Brandenburg, 03/2014, Berlin.

<sup>1</sup> Für Sachsen-Anhalt vgl. z.B. [www.welcomecenter-sachsen-anhalt.de](http://www.welcomecenter-sachsen-anhalt.de), für Sachsen [www.sachsekommzurueck.de](http://www.sachsekommzurueck.de), für Thüringen [www.thaff-thueringen.de](http://www.thaff-thueringen.de) und für Mecklenburg-Vorpommern <http://mv4you.de>.

<sup>2</sup> Für nähere Informationen über die Daten und Methodik der BeH sei auf den Methodenbericht der Beschäftigungsstatistik verwiesen, da diese auf denselben Daten aufbaut (<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaeftigungsstatistik-Revision-2014.pdf>).

<sup>3</sup> Die Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Bundesländern sind für die hier vollzogenen Berechnungen seit 1991 in ausreichender Qualität erhalten. Seit 1999 enthält die BeH auch Informationen zu allen geringfügig Beschäftigten in Deutschland.

<sup>4</sup> Gemäß §128 SGB IV (1) richtet sich die Zuständigkeit des Regionalträgers der Versicherungsnummer nach dem Wohnsitz des Versicherten. Personen, die also mit dem Eintritt in das Erwerbsleben ihre Versicherungsnummer in Ostdeutschland ausgestellt bekommen, zählen als Ostdeutsche.

<sup>5</sup> Es ist gut möglich, dass derartige Umzüge durch familiäre Entscheidungen bedingt sind. Für eine Überprüfung gibt es in der BeH jedoch keine Informationen. Auch liegen keine Angaben zu einem möglichen Zweitwohnsitz vor.